

882
715
607
600
1.6
752
800
832
899
613
927

457

Frankenberger Tageblatt

Begründet 1842

Bezirks-Anzeiger

68. Jahrgang

Amtsblatt für die königliche Amtshauptmannschaft Flöha, das königliche Amtsgericht und den Stadtrat zu Frankenberg i. Sa.

Verantwortlicher Redakteur: Ernst Rößberg in Frankenberg i. Sa. — Druck und Verlag von E. W. Rößberg in Frankenberg i. Sa.

Erscheint an jedem Wochentag abends für den folgenden Tag. Bezugspreis vierteljährlich 1.40 M., monatlich 50 P., Erzeugnisse extra. — Einzelnummern lauten den Monats 5 P., früherer Monate 10 P. — **Erklärungen** werden in unserer Geschäftsstelle, von den Voten und Aufgabefellen, sowie von allen Postanstalten Deutschlands und Österreichs angenommen. Nach dem Zustande Versand wöchentlich unter Kreuzband.

Kaufbedingungen sind rechtsseitig aufzugeben, und zwar größere Inserate bis 9 Uhr vormittags, kleinere bis spätestens 11 Uhr mittags des jeweiligen Aufgabetermins. **Für Aufnahme von Anzeigen** an bestimmter Stelle kann eine Garantie nicht übernommen werden. **Post- u. Telegramm-Adressen:** Tagesblatt Frankenberg.

Anzeigenpreis: Die 6-gesp. Zeile oder deren Raum 15 P. bei Lokal-Anzeigen 12 P.; im amtlichen Teil pro Zeile 40 P.; „Eingeladene“ im Redaktionsteil 35 P. Für schwierige und tabellarische Satz Aufträge, für Wiederholungsabdruck Ermäßigung nach feststehendem Tarif. Für Nachweis und Marken-Kannahme werden 25 P. Ertragsgebühr berechnet. **Inseraten-Kannahme** auch durch alle deutschen Annoncen-Expeditoren.

Wegen Schlämmung des Stadtmühlengrabens wird der sogen. **hohe Steg** vom 13. bis 16. d. Mts. für den Verkehr gesperrt. Frankenberg, am 11. Oktober 1909.

Der Stadtrat.

Abonnements auf das Tageblatt auf den Monat Oktober nehmen unsere Tageblattaudrager und unsere bekannten Ausgabestellen in Stadt und Land, sowie alle Postanstalten entgegen.

Schmutzige Wäsche.

An Sensationsprozessen mit all ihrem Drum und Dran war in der letzten Zeit kein Mangel, einer betraf das erotische Gebiet, während der andere das Gebiet der Erpressungen berührte. Es wird viel über die Berechtigung des Ausschusses der Öffentlichkeit bei Gerichtsverhandlungen gestritten, objektivweise wird man aber zugeben müssen, daß ein solcher nicht ganz unrichtig ist, da trotz aller Appelle an den Anstand der Presse sich immer wieder Zeitungen finden, die aus Geschäftsrücksichten den Schmutz recht treu treten. Dies sah man so recht bei dem Sistrower Nordprozeß, bei dem die Öffentlichkeit nicht ausgeschlossen worden war, und manche Tageszeitungen anscheinend mit besonderem Behagen in dem gerade nicht sehr feinen Willen herausstöberten. Der andere Sensationsprozeß, der sich vor der Berliner Strafammer abspielte, betraf Verleumdungen im Zusammenhang mit dem Erscheinen eines Blattes, welches es als seine besondere Aufgabe erachtet, Spektakelgeschichten an die große Glocke zu hängen, und auf der einen Seite auf solche Weise ein großes Lesepublikum zu finden, andererseits aber auch, wie der Prozeß gezeigt hat, auf höchst unfeine Weise Geld herauszuschlagen.

Die Person des Herrn Dahjel ist für die Charakteristik ziemlich gleichgültig, es handelt sich darum, daß ein derartiges Blatt überhaupt geschrieben werden konnte und existieren kann, vor allem aber, daß der Herausgeber eine Persönlichkeit ist, welcher mit dem höchsten Amte geschmückt ist, welches die Nation zu vergeben hat, ein Reichstagsmandat. Ganz gleichgültig, wie das Urteil ist, der Reichstagsabgeordnete Bruhn dürfte durch diesen Prozeß gerichtet sein, denn seitens des Gerichtshofes ist ausdrücklich betont worden, daß es sich bei der von dem Genannten herausgegebenen „Wahrheit“ um ein Erpresserblatt handelt, und der Staatsanwalt hat durchblicken lassen, daß ein Verfahren auch gegen ihn nicht ausgeschlossen sei; im übrigen wird ja Gelegenheit sein, das Verhalten des Herrn Bruhn noch eingehender zu beleuchten, da sowohl die Verteidiger gegen ihn Strafantwort gestellt haben, wegen Verleumdungen in einer Kritik des Prozeßes, wie auch Herr Bruhn selbst gegen beleidigende Äußerungen der Verteidigung, so daß aus dem Prozeße Dahjel ein Mattenföng weiterer Prozesse sich ergeben wird, in dem die schmutzige Wäsche erneut gewaschen werden dürfte.

An und für sich ist das bedauerlich, und im Auslande — wo übrigens derartige Vorkommnisse keineswegs so selten sind — wird man sich darüber freuen, aber diese Erwägung darf keineswegs ins Gewicht fallen, vielmehr muß mit voller Energie in ein derartiges Treiben hineingeleuchtet werden, um zu zeigen, daß die sonstige Presse hiermit nichts gemein hat, und daß man durchaus wünscht, eine derartige Pestbeule mit scharfem Messer herauszuschneiden. Der vorliegende Fall ist umso bedauerlicher, als es sich, wie erwähnt, um ein Mitglied des Reichstages handelt; gewiß kann die Autorität der Volksvertretung nicht darunter leiden, wenn ein Mitglied Ungehöriges behagt, aber es muß unter allen Umständen darnach gestrebt werden, daß ein solches ausgemerzt wird, wenn sich seine Unwürdigkeit erweist.

Berlin. Die im Prozeß Dahjel mitangeklagte Frau Schwarzdorf wurde aus der Haft entlassen. Auf Antrag der Verteidiger soll auch Dahjel aus der Haft entlassen werden, insofern er die von seinen Verwandten gebotene Sicherheit von 20 000 M. hinterlegt. Gegen das Urteil wird durch die Verteidigung Revision eingereicht werden. — Gegen den Verleger der „Wahrheit“, Reichstagsabgeordneten Bruhn, ist ein Ermittlungsverfahren im Gange. Der Staatsanwalt hat die von der Verteidigung im Dahjel-Prozeße gestellten Beweisanträge, durch die Bruhn der Erpressung beschuldigt wird, zur Kenntnis genommen und eine Untersuchung angeordnet. Die von Bruhn angefertigte Privatbeleidigungsklage richtet sich übrigens nicht gegen die Verteidiger im Dahjel-Prozeße, vielmehr gegen die Urheber der Beweisanträge, also einige Zeugen. Insbesondere wird Schapira von Bruhn verklagt werden.

Fürst Bismarck und Graf Hohenthal.

Man schreibt den Hamburger Nachrichten folgendes: Der kürzlich verordnete sächsische Minister Graf von Hohenthal und Bergen war, wie kürzlich bekannt ist, von der Errichtung des Deutschen Reiches an bis zum Frühjahr 1907 das ist, wie ebenfalls hinreichend bekannt sein sollte, eine arge Lieberbreitung: Graf Hohenthal war sächsischer Gesandter in Berlin vom Mai

1886 bis zum März 1906! Die Red. Vertreter des Königreichs Sachsen in Berlin. Er plante in dieser Zeit die besten und freundschaftlichsten Beziehungen zum Fürsten Bismarck. Zu dem engen Anschluß an den großen Staatsmann bewog ihn nicht allein seine eigene, durch und durch nationale Haltung, sondern auch das nahe, fast freundschaftliche Verhältnis zwischen König Albert von Sachsen und dem ersten Reichskanzler. Wie eng und herzlich diese Beziehungen waren, dazu mögen die folgenden Zeilen einen Beitrag liefern, der auch für die Geschichte des Fürsten Bismarck nicht ohne Interesse ist.

Bei der Befragung des Kaisers Wilhelm hatte König Albert zum Fürsten Bismarck geäußert: „Wenn Sie mich einmal brauchen können und glauben, daß ich Ihnen behilflich sein kann, so schreiben Sie mir.“ Kurze Zeit darauf erkrankte Fürst Bismarck den Grafen Hohenthal, ihn zu besuchen, erinnerte ihn an die Worte des Königs und sagte: „Dieser Moment ist gekommen, die Kaiserin wünscht die Vermählung ihrer Tochter Victoria mit dem Fürsten Alexander von Bulgarien durchzuführen, der ich aus politischen Gründen widerprechen muß; ich bin aber mit meinem Votum zu Ende, vielleicht kann Ihr König mir helfen.“

Graf Hohenthal erwiderte, der König sei in Riva, erklärte aber auf das Drängen des Fürsten hin sich bereit, persönlich dorthin zu reisen und dem König die Sache vorzutragen. An demselben Abend reiste Graf Hohenthal nach Riva ab und es gelang ihm, den König zu bewegen, einen Brief an den Kaiser (Friedrich) in dem günstigsten Sinne zu schreiben. Nach wenigen Tagen war Graf Hohenthal wieder in Berlin, wurde am frühen Morgen vom Fürsten Bismarck empfangen und legte ihm den noch unentfertigten Brief des Königs an den Kaiser vor. Da ein Postbus in dem Briefe den Wünschen des Fürsten nicht ganz entsprach, fragte er, ob der König es wohl übernehmen werde, wenn er gebeten würde, diesen Postbus zu ändern. Graf Hohenthal übernahm es wieder, einen Bericht in dieser Richtung zu machen und reiste, wohl nach einigen Tagen, zu dem inzwischen von Riva zurückgekehrten König nach Villa Strobelin und erreichte es, daß der König den Brief unter Berücksichtigung der vom Fürsten Bismarck gewünschten Änderungen noch einmal abschrieb. Das Schreiben gelangte wohl an demselben Tage in die Hände des Kaisers Friedrich. Der Erfolg ist bekannt: In der mehrköpfigen Unternehmung, die die Kaiserin Friedrich am Nachmittag des 30. April mit dem Fürsten Bismarck im Schlosse Friedrichshagen in Charlottenburg hatte, ließ sie den Heiratsplan fallen, der Widerspruch des Fürsten Bismarck hatte den Sieg davongetragen.

Nationalliberale Wählerversammlung.

Im „Kaiserhof“ in Frankenberg fand gestern, Montag, abends ein vom Wahlvereine für die Kandidatur Oskar Schiebeler einberufene öffentliche Wählerversammlung statt, die sehr gut besucht war. Der Vorsitzende, Herr Otto Krenkel, eröffnete die Versammlung, wies einige gegen die Nationalliberalen erhobenen Vorwürfe zurück und betonte, daß man befreit sei, den Wahlkampf sachlich zu führen. Wenn bereits vor Eröffnung des eigentlichen Wahlkampfes eine etwas gereizte Stimmung sich hier und da bemerkbar gemacht habe, so ließe sich auf die maßlosen Angriffe des Herrn Generalsekretär Künze zurückzuführen.

Er gab, dann dem Landtagsabgeordneten, Herrn Kaufmann Stadtrat Oskar Schiebeler, das Wort. Dieser führte aus, er werde im Falle seiner Wahl bemüht sein, in die Fußstapfen des bisherigen Abgeordneten Herrn Kommerzienrat Schick zu treten. Er bekenne sich zu einem geschäftlichen Liberalismus auf nationalliberaler Grundlage. Die nationalliberale Partei habe geschichtlich anerkannt große Verdienste am Volk und Vaterland. Allgemeine Volkswohlfahrt sei ihr oberstes Geziel. Der Redner wandte sich dann dem Hauptpunkt in der gegenwärtigen Wahlbewegung zu: der Reichsfinanzreform. Er betonte die Stellung, welche die in händlerischem Sinn geleiteten Konföderationen eingenommen haben. Der Bund der Landwirte habe die Wogen zu stark gewippt und bei der Reichsfinanzreform zu sehr die eigenen Interessen berücksichtigt. Er habe egoistisch gehandelt und dadurch Verhinderung in alle Volksschichten getragen. Man dürfe aber die Liberalen für die Sünden bei der Finanzreform nicht mit verantwortlich machen, denn diese sind energisch und zielbewußt für eine gesunde Reform eingetreten, und hätten die Mittelglieder der wirtschaftlichen Vereinigung (Mittelstand) eine bestimmtere Haltung eingenommen, so wäre eine bessere Reform zustande gekommen. Herr Schiebeler wandte sich dann der „Mittelstands“-Kandidatur Groß zu, die zu bekämpfen sei, da sie nur Verwirrung in die Reihen der bürgerlichen Wähler zu tragen geeignet ist. Nach einigen treffenden Bemerkungen über Äußerungen des sozialdemokratischen Kandidaten Fischer ging Herr Schiebeler auf ein vom Generalsekretär Künze geschicktes Flugblatt des „Mittelstands“ ein, das derbe Angriffe auf die nationalliberale Partei enthält und groß ist in der Verdrehung der Tatsachen. Wichtig sei, daß gerade die nationalliberale Partei die Interessen des Mittelstandes wahrzunehmen habe. Mit dem Flugblatt streme man den Wählern Sand in die Augen, um Stimmen zu langen. Gerade durch die Steuerpolitik der Konföderationen und der Mittelglieder sei der Mittelstand schwer belastet worden. Der Herr Kandidat besprach dann noch einige Fragen, die voraussichtlich den neuen Landtag beschäftigen werden, vor allem die Gemeindefinanzordnung und die Schulreform. Beide müßten in liberalem Sinne erledigt werden und deshalb sei eine liberale Mehrheit im Landtag erforderlich. — Eigentümlich müßte es berühren, wenn Herr Generalsekretär Künze nach der Kandidaturverteilung für keine Sache zu interessieren lade. Die Einführung der Kandidaturverteilung in Sachsen sei ein Verdienst des Herrn Herrn Kaufmann in Waldheim, eines durchaus liberalen Mannes. Mit der Berücksichtigung, als ein Volkstreu in besten Sinne des Wortes, durchdrungen von Vaterlands- und Nationalgefühl, im Falle seiner Wahl den Wahlkreis nach Kräften zu vertreten. Ich hoffe Herr Schiebeler seine mit lebhaftem Bravo und starkem Beifall aufgenommene Rede.

Herr Harrer Langer aus Roschau, der als Kandidat selbst mitten im Wahlkampf steht, hielt hierauf einen klaren, sachlichen und die Materie wohl beherrschenden Vortrag über die Schulreform. An der Hand des heftigen Entwurfs zeigte er, daß die Reform in liberalem Sinne durchgeführt werden müsse. Letzter verlangt Berechtigung und Durchsetzung des Kindes und Bildung des Charakters. Die Schule müsse darauf hinwirken, daß die Kinder tüchtig werden fürs Leben. Der Herr Referent ging auf die Vorschläge Dittmers und die Forderungen der Lehrer ein und legte dar, daß der konfessionelle Charakter der Volksschule erhalten bleiben möchte auf evangelisch-lutherischer Grundlage, der Liberalismus dürfe nicht indifferent werden in religiösen Fragen. Religion sei für ein Volk, weil es auf der Höhe der Kultur bleibe, unbedingt notwendig. Herr Harrer Langer stellte sich in der Hauptsache auf den Boden der Chemnitzer Konferenz und meinte, daß trotz der großen Gegensätze über Ziele und Wege der Reformierung man sich wohl einigen könne und werde. Der Forderung der Lehrer, „weniger Begriffe, mehr Leben“, könne man zustimmen, ebenso der noch Forderung des Memorienstoffes. Auf die Persönlichkeit des Lehrers komme es beim Religionsunterricht an und die Verpflichtung des Lehrers solle nicht auf den Buchstaben, sondern auf den Geist gehen. Wer aber keine Religion zum Erteilen des Religionsunterrichts habe, der solle davon entbunden werden. Für die Aufhebung der Postfachaufsicht trete die nationalliberale Partei ein, die Doppelbelastung müsse fallen. Jedoch solle das Volk zwischen Kirche und Schule nicht ganz getrennt werden, der Geistliche solle Freund und Förderer des Religionsunterrichts sein und könne in Schulwesen das Schulleiten fördern. Die Zahl der Kinder in den Klassen müsse herabgesetzt werden. Der Redner ließ sich weiter in interessanter und bejauschender Weise über die Einheitschule und die Reform der Fortbildungsschule aus. Weiter können wir hier wegen Platzmangels nicht auf die hochinteressanten Darlegungen näher eingehen; in allen Punkten zeigte der Vortragende, daß eine liberale Mehrheit im nächsten Landtag erforderlich sei. Es müßten Männer in den Landtag, die frei von Radikalismus, aber auch frei von Reaktion seien. Unter starkem Beifall trat der Redner ab.

Es sprachen dann noch Herr Oberlehrer Glauch, der Herr Harrer Langer für das Geseigte dankte, und Herr Kommerzienrat Schick, der besonders das „mittelständische“ Flugblatt des Herrn Künze auf die Wahrheit seines Inhalts prüfte und alle die falschen Behauptungen widerlegte. Er meinte, man möchte endlich einmal aufhören, mit Unwahrheiten zu operieren, und möchte offen, ehrlich und anständig kämpfen, man möchte nicht verhehlen, daß nicht nur zwei, sondern drei Parteien im Wahlkampf stehen und daß die dritte leicht den Sieg davontragen könne, wenn die anderen beiden sich weiter unglücklich bekämpfen. Auch Herrn Kommerzienrat Schick wurde mit allgemeinem lebhaftem Bravo gedankt.

Gegner meldeten sich nicht zum Wort. Herr Schiebeler ergänzte seine Ausführungen noch durch Hinweise auf die notwendige Reform der ersten Kammer und die Stellung der Sozialdemokratie, die sich durch ihr Verhalten in Gegensatz zu sämtlichen bürgerlichen Parteien gestellt habe. Herr Krenkel brachte ein Schreiben des Gewerbe- und Handelsvereins zur Kenntnis, in dem es heißt: „Auf die persönliche an uns gerichteten Anfragen, in welcher Weise sowohl der Gewerbeverein wie auch der aus diesem hervorgegangene Handelsverein sich an der Agitation für die Landtagswahl zu beteiligen gedenken, teilen die unterzeichneten Vereinsvorstände folgendes mit: „In derselben Weise, wie wir am 17. August d. J. in einer von der Mittelstandspartei einberufenen Vertraulichen Besprechung Herrn Generalsekretär Künze gegenüber erklärten, wiederholen wir, daß wir es durchaus ablehnen, uns als Korporationen in Parteilichkeit einzulassen, da dies unsere Satzungen an sich schon ausschließen, überdies aber, da wir in unseren repräsentativen Mitgliedern der verschiedensten Parteistellungen vertreten sind, so daß wir uns zur Einhaltung einer gewissen Neutralität verpflichtet sehen.“

Wir lassen unseren Mitglieðern völlig freie Hand, für einen „praktischen Mann“ — gleichviel welcher Partei angehörend — einzutreten. Keineswegs aber halten wir es für angebracht, für Kandidaten einzutreten, welche über die Schultern der Wähler weg von auswärts unseren Wahlkreis auskotiert werden sollen, ohne daß dieselben vom Welen und den Bedürfnissen unseres Wahlkreises einen Begriff haben können.“ Diese Stellungnahme fand ebenfalls lebhaften Zustimmung. Mit einem herzlichen Appell an die Wähler, am 21. Oktober ihre Pflicht zu tun und für Herrn Kaufmann Oskar Schiebeler zu stimmen, schloß Herr Krenkel die Versammlung mit einem Hoch auf Kaiser Wilhelm und König Friedrich August, das allgemeinen freudigen Beifall fand.

Wäge die nationale und liberale Einmütigkeit, welche die Versammlung bezeugt, am 21. Oktober ihre Kraft zeigen, zum Segen unseres Wahlkreises, zum Wohle unseres gesamten Vaterlandes!

13. öffentl. Sitzung der Stadtverordneten.

In der am Montag, 11. Oktober, abends 6 Uhr unter dem Vorsitz des Herrn Amtsgerichtsrat Dr. Bähr gehaltenen Sitzung standen eine Anzahl Vorlagen zur Beratung, in denen es sich um Geldbewilligungen handelte. Die Vorlagen fanden durchgehends Annahme.

Zunächst gab der Herr Vorsitzende Kenntnis von einer Mitteilung über eine Revision der Sparkasse, sowie von einem Dankschreiben des Handelschulvereins. Bewilligt wurden dann 6150 Mark für Instandsetzung der städtischen Rohrwerkleitungen (Be-